links so

Mitgliederzeitung der SP Kanton Solothurn
148 September 2014

BEILAGE HEFTMITTE
JETZT UNTESSCHRIFTEN SAMMELN!

SP ERGREIFT REFERENDUM

Keine Senkung der Prämienverbilligung

Als Teil der Sparmassnahmen soll gemäss Beschluss vom 3. September der Kantonsbeitrag an die Prämienverbilligung um sieben Millionen Franken gekürzt werden. Der Kürzung des zur Verfügung stehenden Betrages wie auch der Senkung der Obergrenze der bezugsberechtigten Familien und Einzelpersonen wurde mit 72:24 Stimmen zugestimmt, gegen die Stimmen der SP. In Zahlen ausgedrückt: Der im Sozialgesetz fixierte Satz von 80 Prozent des Bundesbeitrags soll um 10 Prozent auf 70 Prozent gekürzt werden.

Die Verbilligung der Prämien in der Krankenversicherung ist ohne Zweifel eines der direktesten und wirksamsten Mittel, um Familien und Einzelpersonen mit knappen finanziellen Ressourcen zu entlasten. Die Prämienverbilligung stellt ein zielgerichtetes, wirksames und nachhaltiges Instrument für die Entlastung der genannten Anspruchsgruppen dar. Vor allem Familien mit Kindern und junge Erwachsene in Ausbildung drohen nun gestraft zu werden. Lebt der junge Mann oder die junge Frau in Ausbildung noch zu Hause, wird das Familienbudget durch die zusätzliche Erwachsenen-KVG-Prämie arg strapaziert. Wenn beide Elternteile arbeiten und so die Obergrenze des Prämienverbilligungsmodells überschreiten, erhalten sie keine Verbilligung der obligatorischen Versicherung mehr. Auch dann nicht, wenn das Familieneinkommen kaum den Lebensbedarf deckt, die Ausgaben aber munter steigen. So zum Beispiel im Bildungsbereich, wo ebenfalls zunehmend Kosten eingespart und auf die Eltern abgewälzt werden.

Mit der geplanten Kürzung des Kantonsbeitrages werden diejenigen Personen gestraft, die eh schon in knappsten finanziellen Verhältnissen leben. Also ein Sparen auf dem Buckel derjenigen, die schon wenig haben.

Mit der angekündigten Kürzung werden wir unter das schweizerische Mittel fallen, da weniger Personen erreicht und finanziell entlastet werden können. Das vom Bund formulierte sozialpolitische Ziel wird deutlich verfehlt, denn es resultieren nicht, wie in den Grundlagen zum KVG gefordert, höchstens 8 Prozent Prämienbelastung, sondern 10 bis 12 Prozent.

Zudem wird der frei verfügbare Betrag jedes Jahr geringer, weil ein grosser Anteil an die Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe und an die Verlustscheinbewirtschaftung fliesst. Und nun soll nochmals massiv gekürzt werden!

Evelyn Borer, Kantonsrätin aus Dornach
evelyn.borer@intergga.ch

Am 3. September hat der Kantonsrat mehrheitlich die Änderung des Sozialgesetzes dahingehend geändert, dass die Sanierung der Kantonsfinanzen auf Kosten von Familien gehen soll. Die SP ist empört, dass ausgerechnet auch die selbsternannte Familienpartei CVP dieser Sparübung zugestimmt hat. Bereits im Vorfeld des Massnahmenplans 2013 haben die Delegierten der SP beschlossen, im Falle einer Kürzung der Prämienverbilligung, das Referendum zu ergreifen. **Am 19. September beginnt die Unterschriftensammlung.** Bitte unterstütze das Referendum und verwende den Unterschriftenbogen in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!

MEIN STAND PUNKT

Gute Gründe für mehr Elektromobilität im Kanton Solothurn

In der Region Solothurn kumuliert sich das Verkehrsaufkommen durch die Zentrumsfunktion und durch den Pendlerverkehr. Der öffentliche Verkehr (öV) wird in der näheren Agglomeration der Stadt zwar ausgebaut, kann aber mit dem Angebot in Grossstädten nicht verglichen werden. In Ergänzung zu besseren öV-Verbindungen bietet auch die Elektromobilität Chancen, den Verkehr ökologischer auszugestalten.

Ein Elektrofahrzeug ist bis zu sechsmal effizienter als ein Auto mit Verbrennungsmotor. Zudem kann die Luft- und Lärmbelastung massiv reduziert werden. Wenn der Strom zudem auf dem eigenen Hausdach produziert wird, verbessert sich die Bilanz noch mehr.

Um die Attraktivität zu steigern, benötigen wir ein «elektromobiles Innovationsklima». Die Gemeinden können mit einfachsten Mitteln dazu beitragen, dieses zu schaffen. Privilegierte Parkplätze an publikumsintensiven Standorten wie Bahnhöfen, in Parkhäusern oder bei Einkaufszentren generieren die nötige Aufmerksamkeit in der Bevölkerung. Auch öffentliche Schnellladestationen tragen dazu bei, die Berührungsängste gegenüber der neuen Technologie abzubauen.

Nicht nur in Bezug auf ihre Bildungs- und Familienpolitik werden die skandinavischen Länder oft als Vorbilder genannt. Auch in der Elektromobilität liefern sie Inspiration. Allein in Oslo stehen knapp 450 öffentliche Ladestationen mit kostenlosem Strombezug zur Verfügung. Auch in der Anschaffung werden Elektroautos unterstützt. Die Mehrwertsteuer entfällt ebenso wie die Zulassungsgebühren, Import- und Zollabgaben. Für 2016 wird mit 50 000 Fahrzeugen gerechnet.

Es ist einfach, die Energiewende zu beschliessen und danach nichts dafür zu tun! Wir sind der Meinung, dass wir in sämtlichen Bereichen aktiv einen Beitrag leisten müssen. Es geht nicht in erster Linie um Verzicht und Einschränkung, sondern um die rasche Ausnützung der vorhandenen Möglichkeiten. Elektromobilität ist ein Teil davon.

Matthias Anderegg,
Gemeinderat und Fraktionspräsident in Solothurn
anderegg@andereggpartner.ch

KANTONALER SOMMERPARTEITAG

Die SP erwartet ein heisser Politherbst

Die Kantonalpartei lud die Delegierten zum Sommerparteitag nach Solothurn ins Landhaus ein. Obwohl es einer der 2014 seltenen warmen Sommerabende war, kamen aus allen Kantonsteilen 77 Delegierte und 8 Gäste, um eine reich befrachtete Geschäftsliste mit kantonalen und nationalen Geschäften abzuarbeiten. Es wurde viel diskutiert, entschieden, gewählt und darüber informiert, dass die SP bei den Wahlen 2015 auch mit einer Liste der SP60+ teilnehmen möchte.

Claudio Marrari, Sektionspräsident der Stadt Solothurn, begrüsst die Delegierten

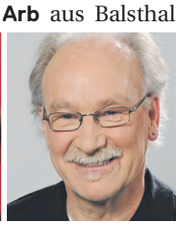
Am 28. September entscheidet die Solothurner Stimmbevölkerung darüber, ob und wie die Pensionskasse des Kantons saniert, respektive ausfinanziert werden soll (wir berichteten im links 147). Kantonsrätin **Susanne Schaffner** aus Olten referierte dazu und vertrat die Meinung, man solle die 100-prozentige Ausfinanzierung anstreben, ansonsten drohe die Zwangssanierung innert 10 Jahren durch die Aufsichtsbehörde. Dies hätte einen massiven Druck einerseits auf die Versicherten zur Folge und andererseits auch auf die Gemeinden und den Kanton. Die Delegierten folgten den Argumenten von Schaffner und beschlossen mit 59 zu 10 Stimmen die Ja-Parole. Der Antrag von Georg Hasenfratz, eine 80-prozentige Teilkapitalisierung anzustreben, blieb chancenlos.

Einheitlich für öffentliche Krankenkasse

Unter der Leitung von Christoph Neuenschwander (Redaktor AZ Medien) standen sich auf dem Podium zur Volksinitiative «für eine öffentliche Krankenkasse» Peter Brügger, FDP-Kantonsrat aus Langendorf (kontra), und Evelyn Borer, SP Kantonsrätin aus Dornach (pro), gegenüber. Während der FDP-Mann den Verlust des Regulators für die Prämienhöhe befürchtet und betonte, dass eine öffentliche Krankenkasse ja auch eine Verwaltung benötige, monierte die ehemalige Parteipräsidentin der SP, 61 Kassen seien 60 zu viel, es handle sich heute um einen Pseudowettbewerb. Die Jagd der Kassen auf «gute» Risiken, die 61 Verwaltungen, Werbeausgaben und die alljährlichen lästigen Anrufe gehörten abgeschafft. Und aus dem Publikum wurde moniert, SUVA, AHV oder die Gebäudeversicherung wolle man ja auch nicht wieder privatisieren, diese funktionierten einwandfrei und erfolgreich – ohne Wettbewerb. Das Verdikt der Delegierten war demnach klar, bei einer Gegenstimme beschlossen sie die Ja-Parole.

Neue Gesichter

Gabriella Kaufmann aus Biberist und **Heinz von Arb** aus Balsthal



heissen die neuen Mitglieder der kantonalen SP-Geschäftsleitung. Sie wurden einstimmig als Vertreter des Wasseramts, respektive Thals gewählt, man freue sich auf die Zusammenarbeit und danke für das Engagement, so der leitende Vorsitzende Vizepräsident und Kantonsrat Hardy Jäggi.

Wahlen 2015

Die Erneuerungswahlen für den National- und Ständerat stehen vor der Tür, die Vorbereitungen haben begonnen und die Eckdaten wurden den Sektionen mitgeteilt. Im Kanton Solothurn gibt es infolge veränderter Bevölkerungszahlen am 18. Oktober 2015 anstatt 7 nur noch 6 Nationalratsmandate zu verteilen. Erklärtes Ziel der SP ist indes, ihre zwei Mandate in der grossen Kammer zu verteidigen. Dazu will sie einen aktiven Wahlkampf betreiben und unter anderem auch mit einer Liste der SP60+ an den Wahlen teilnehmen. «Wir müssen alle Kräfte bündeln und alle Wählerschichten abholen, nur so können wir unsere Sitze halten», so Hardy Jäggi. Die Kampagne werde in die Aktivitäten zum 2015 fälligen 125-jährigen Jubiläum eingebunden, beginne im Januar und erreiche den Höhepunkt am grossen Fest vom 29. August in Solothurn. Über die definitive Anzahl Listen entscheiden die Delegierten am Parteitag vom 23. Oktober in Zuchwil. Die Nomination der Kandidierenden durch die Kantonalpartei ist für den März 2015 vorgesehen.

Niklaus Wepfer
Parteisekretär
niklaus.wepfer@sp-so.ch

VPOD SEKTION SOLOTHURN

Neue Co-Präsidentin

Fränzi Burkhalter-Rohner ist neue Co-Präsidentin der vpod-Sektion Solothurn. An einer ausserordentlichen Generalversammlung haben die Mitglieder die 46-jährige Kantonsrätin und SP-Fraktionschefin aus Biberist zusammen mit dem bisherigen Präsidenten Rolf Hasler als neues Co-Präsidium gewählt. Hasler bezeichnete Burkhalter als «Glücksfall für den vpod». Sie habe in ihrer politischen Tätigkeit oft bewiesen, sich konsequent und hartnäckig für die Interessen der Arbeitnehmenden einzusetzen. (Quelle: SZ)

Die SP-Kantonalpartei gratuliert Fränzi Burkhalter ganz herzlich zur Wahl, wünscht ihr viel Erfolg und freut sich auf eine gute und intensive Zusammenarbeit.

Fränzi Burkhalter-Rohner, Dr. med. Reiner Bernath, Franziska Roth, Brigit Wyss, Susanne Schaffner und Seraina Wepfer

PRESSEKONFERENZ

Breit abgestütztes Komitee

Im Hinblick auf die Abstimmung am 28. September über die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse», hat sich ein kantonales Ja-Komitee gebildet. Dieses hat an der Pressekonferenz vom 5. September seine Argumente für ein Ja erläutert. Das Komitee besteht aus folgenden Organisationen: Patientenstelle AG/SO, vpod Sektion Solothurn, Hebammenverband Kanton Solothurn, Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn, SP Kanton Solothurn, Grüne Kanton Solothurn, JUSO Kanton Solothurn, junge Grüne Kanton Solothurn. Teilgenommen haben Franziska Roth, Präsidentin SP, Brigit Wyss, Co-Präsidentin Grüne, Susanne Schaffner, Präsidentin Patientenstelle AG/SO, Reiner Bernath, Dr. med. allg. Medizin FMH, Fränzi Burkhalter-Rohner, Co-Präsidentin vpod, und Moira Walter, Juso Kanton Solothurn.

Das Sparpotenzial ist gross!

Kurzfristig wird der Prämienanstieg dank den wegfallenden Marketing- und Wechselkosten gebremst. Zusätzlich können durch koordinierte Versorgungsprogramme und mehr Prävention mittel- und langfristig rund zwei Milliarden Franken pro Jahr eingespart werden. Insgesamt ergibt das ein Sparpotenzial von 10 Prozent der gesamten Kosten!

Die privaten Krankenkassen verschleudern jedes Jahr rund 325 Millionen unserer Prämien für teure Werbekampagnen und Wechselkosten. Hinzu kommen hohe Managerlöhne und die unsolidarische Jagd auf sogenannte gute Risiken. Heute hat keine Krankenkasse ein Interesse daran, kranke Menschen optimal zu betreuen – weil sie das attraktiv für teure chronisch Kranke machen würde.

Pseudo-Wettbewerb beenden

Über 60 private Krankenkassen veranstalten einen teuren bürokratischen Pseudo-Wettbewerb. Die lästigen Werbeanrufe und der zeitraubende Papierkram beim Kassenwechsel sind nur zwei von vielen Problemen. Um sich schadlos zu halten, versuchen die Kassen, die «teuren Fälle» abzuwimmeln. Für kranke und alte Menschen bedeutet dieser Kassen-Dschungel: fiese Schikanen, unfaire Tricks und teurere Prämien.

Verschleuderung von Prämiengeldern

Jahr für Jahr verschleudern die privaten Krankenkassen rund 225 Millionen Werbe-Franken, um der Konkurrenz junge, gesunde Prämienzahlende abzujagen. Hinzu kommen 100 Millionen an Wechselkosten. Weitere Prämiengelder fliessen in politisches Lobbying und Abstimmungskampagnen. Gleichzeitig verdienen sich Manager und Verwaltungsräte eine goldene Nase. Für uns Prämienzahlerinnen und Prämienzahler bedeutet dieser Unsinn immer höhere Prämien.

Gute Gesundheitsversorgung sichern und Kosten sparen

In den letzten Jahren sind die Prämien stetig gestiegen. Mit der öffentlichen Krankenkasse bekommen wir die Kosten in den Griff und sichern unsere gute medizinische Versorgung. Denn diese verdanken wir den Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, und nicht den privaten Krankenkassen. AHV und Suva zeigen, dass öffentliche Versicherungen funktionieren und das Wohl der Versicherten in den Mittelpunkt stellen. Mit der Förderung von koordinierten Versorgungsprogrammen und Prävention können pro Jahr bis zu zwei Milliarden eingespart werden.

Kommunale Komitees

Der Leidensdruck für alle scheint gross zu sein, anders sind die zusätzlich zahlreich ins Leben gerufenen kommunalen Komitees für die öffentliche Krankenkasse nicht zu erklären. Sie bestehen zu einem grossen Teil aus Ärztinnen und Ärzten, Therapeutinnen und Therapeuten, Personen aus dem Pflegebereich, aber auch Leute wie du und ich sind dabei. Sie möchten damit ihren Unmut kundtun, schliessen sich den Argumenten des kantonalen Komitees an, betonen aber explizit darüber hinaus, dass die mit über 60 Kassen verbundene Bürokratie absurd sei.

Seraina Wepfer, Praktikantin

GRIECHENLAND – GROSSE KRISE FÜR DIE KLEINEN

Das vergessene Elend

Wir, meine Frau Marianne und ich, wohnen seit zehn Jahren während sieben bis acht Monaten im Jahr auf der griechischen Insel Tinos in den Kykladen. Sonne, Meer, freies, natürliches Leben und die griechische Lebensart entsprechen genau unseren Vorstellungen. Lange Zeit war es toll, bis die Krise zuschlug! Zuerst nur die Geschäftsleute, dann aber auch die Rentner und vor allem die Kinder, mussten richtig leiden. Angehoben wurden Strom-, Wasser-, und auch die allgemeinen Lebenskosten. Die Löhne, Renten und die Sozialausgaben wurden drastisch gesenkt. Die von den Politikern (aller Parteien) verursachten Schulden wurden gänzlich auf das Volk abgeschoben.

Im Herbst 2012 wurden wir von Freunden auf eine dramatische Tendenz in den Schulen der Unterstufe aufmerksam gemacht. Kinder kollabierten während des Unterrichts, andere vermochten dem Unterricht nicht mehr zu folgen. Ihnen allen fehlte jegliche Energie. Sie bekamen nicht mehr genug zu essen, weil das Geld fehlte.

Sofort erwachte in uns das «Gassenküche»-Feeling. Wir besuchten solche armen Familien, machten uns kundig was zu unternehmen war. Zusammen mit den Frauen gingen wir anschliessend Grundnahrungsmittel und Haushaltsartikel einkaufen. Wir bezahlten diese Einkäufe (etwa 100 Euro) aus unserer Tasche. Dies sprach sich herum. Wir hatten nicht genug Geld, um allen zu helfen. Also schrieben wir unsere Freunde an, und diese halfen! Jetzt hatten wir Geld, aber die Zeit wurde knapp. Wir nahmen Kontakt mit der örtlichen Kirchgemeinde und mit der Sozialhelferin von Tinos auf. Ein sicheres System wurde aufgebaut. Zusammen beurteilen wir die Hilfegesuche, damit wir sicherstellen können, dass nur wirkliche Notleidende unsere Hilfe in Anspruch nehmen können. Wir installierten ein Quittungswesen, welches es allen Spendenden erlaubt Einblick zu nehmen.

Lange Zeit war es toll, bis die Krise zuschlug!

Unsere Hilfe ist immer noch nötig! Die Krise wird nicht so bald überwunden sein. Wir sind also immer noch auf jeden Franken angewiesen. Wer mehr wissen will, melde sich per Mail. Wir werden auf alle Fragen antworten.

Spenden bitte an: Clientis Bank im Thal, Peter Kaser, Kinder von Tinos, Konto-Nr. 30.196.042.190.5, IBAN CH05 06434301 9604 2190 5.

Wir danken euch, dass wir in eurer Zeitung schreiben dürfen, und wünschen euch alles Gute.

Marianne Rohrer Kaser und
Peter Kaser, Balsthal
p_kaser@bluewin.ch

Marianne und Peter wohnen, wenn sie nicht gerade auf Tinos sind, in Balsthal. Während vielen Jahren waren sie im Kanton Solothurn Aktivmitglieder der SP, haben sich immer für die Schwächeren in der Gesellschaft eingesetzt und dafür, dass die Welt doch etwas gerechter werde. Peter hat viele Jahre in leitender Funktion beim Amt für Umwelt gearbeitet.

Peter Kaser

IMPRESSUM
SP Kanton Solothurn
Rossmarktplatz 1, Postfach 1555, 4502 Solothurn,
Telefon 032 622 07 77, Mail info@sp-so.ch
Adressänderungen bitte direkt an:
linksabo@spschweiz.ch